



Anlage 1 zum Antrag vom

Name der/des Antragstellenden

Erklärung zum Antrag auf Gewährung einer Zuwendung zur Förderung wirtschaftsnaher Infrastrukturmaßnahmen Regionalmanagement, Kooperationsnetzwerke, Innovationscluster, Regionalbudget, Experimentierklausel und Energieinfrastrukturen

1. ANGABEN ZUM VORHABEN

1.1. Bezeichnung des Vorhabens

1.2. Art des Vorhabens

a) Investitionsvorhaben

- | | | | |
|--|---|--|--|
| <input type="checkbox"/> Industrie- und Gewerbegebiete | <input type="checkbox"/> Anbindung von Gewerbebetrieben | <input type="checkbox"/> Tourismus | <input type="checkbox"/> Gewerbezentren |
| <input type="checkbox"/> Bildungseinrichtungen | <input type="checkbox"/> Kommunikationsverbindungen | <input type="checkbox"/> Abwasseranlagen | <input type="checkbox"/> Hafeninfrastruktureinrichtungen |

b) Maßnahmen im Bereich Vernetzung und Kooperation

- | | | |
|--|--|---|
| <input type="checkbox"/> Integrierte regionale Entwicklungskonzepte | <input type="checkbox"/> Regionalmanagement | <input type="checkbox"/> Regionalbudget |
| <input type="checkbox"/> Planungs- und Beratungsleistungen zur Vorbereitung oder Durchführung förderfähiger Infrastrukturmaßnahmen | <input type="checkbox"/> Kooperationsnetzwerke | <input type="checkbox"/> Innovationscluster |

c) Maßnahmen im Rahmen der Experimentierklausel

d) Energieinfrastrukturen

2. DEM ANTRAG BEIZUFÜGENDE UNTERLAGEN

Die dem Antrag – ergänzend zu Ziffer 10 des Antrags – beizufügenden Unterlagen entnehmen Sie bitte der zu diesem Förderprogramm und Art des Vorhabens gehörenden Unterlagencheckliste.

3. ZUSÄTZLICHE ANGABEN ZUM VORHABEN

3.1 ERKLÄRUNG ZUR GEWÄHRUNG DES DISKRIMINIERUNGSFREIEN ZUGANGS

- Ich/ Wir erklären, dass der diskriminierungsfreie Zugang für alle interessierten Nutzer zur geschaffenen Infrastruktur gewährleistet und die Infrastruktur zu diskriminierungsfreien Bedingungen zur Verfügung gestellt wird.

3.2 ERKLÄRUNG ZU VORFÖRDERUNGEN

Hiermit erkläre/n ich/wir, dass das beantragte Vorhaben:

- nicht Gegenstand einer Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ war.
- Gegenstand einer Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ war.

Vorgangsnummer der Vorförderung

Bitte Gegenstand der Vorförderung erläutern:

3.3 ERKLÄRUNG ZU EIGENLEISTUNGEN

Hiermit erkläre/n ich/wir, dass in den beantragten Investitionskosten

keine Eigenleistungen enthalten sind.

Eigenleistungen in Höhe von Euro enthalten sind.

3.4 ERKLÄRUNG ZU FINANZIERUNGSKOSTEN

Hiermit erkläre/n ich/wir, dass in den beantragten Investitionskosten

keine Finanzierungskosten enthalten sind.

Finanzierungskosten in Höhe von Euro enthalten sind.

3.5 ERKLÄRUNG ZU BAULEITPLANUNG (EINSCHLIEßLICH GRÜNORDNUNGSPLANUNG)

Hiermit erkläre/n ich/wir, dass in den beantragten Investitionskosten

keine Kosten der Bauleitplanung (einschließlich Grünordnungsplanung) enthalten sind.

Kosten der Bauleitplanung in Höhe von Euro enthalten sind.

3.6 ERKLÄRUNG ZU ABLÖSEKOSTEN UND ANSCHLUSSKOSTENBEITRÄGEN

Hiermit erkläre/n ich/wir, dass in den beantragten Investitionskosten

keine Ablösekosten und keine Anschlusskostenbeiträge enthalten sind.

Ablöse- und Anschlusskosten in Höhe von Euro enthalten sind.

3.7 ERKLÄRUNG ZU BAUKOSTENZUSCHÜSSEN

Hiermit erkläre/n ich/wir, dass in den beantragten Investitionskosten

keine Baukostenzuschüsse enthalten sind.

Baukostenzuschüsse in Höhe von Euro enthalten sind.

4. INTERESSENBEKUNDUNGSVERFAHREN*

Der Träger sollte im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens prüfen, ob und inwieweit die Einschaltung privater Unternehmen Kosten- und/oder Zeitersparnisse bei der Erbringung der öffentlichen Infrastrukturleistung ermöglicht.

Es wurde ein Interessenbekundungsverfahren durchgeführt.**

Es wurde kein Interessenbekundungsverfahren durchgeführt.

Bemerkungen (u.a. zeitliche/inhaltliche Ausführungen zum durchgeführten Verfahren und dessen Ergebnissen; Gründe für den Verzicht auf ein Interessenbekundungsverfahren) – ggf. Anlagen beifügen:

* verpflichtend bei Infrastrukturvorhaben nach Ziffer 2.1.3 Punkt 2. c) und d) der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von wirtschaftsnahen Infrastrukturen (Abweichungen sind zu begründen).

** Sofern das Vorhaben auch für Unternehmen von Interesse sein könnte, ist immer ein Interessenbekundungsverfahren durchzuführen.

5. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Ich/Wir erkläre(n):

- a) Mir/Uns sind der geltende Koordinierungsrahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ vom 01.01.2022 (Bundesanzeiger AT vom 10.02.2022 B3) in der jeweils geltenden Fassung sowie die ergänzende Richtlinie des Landes Sachsen-Anhalt über die Gewährung von Zuwendungen aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (RdErl. des MWL vom 12.04.2022, MBl. LSA Nr. 24/2022 vom 11.07.2022, S. 262ff.) in der jeweils geltenden Fassung und die sich hieraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt. Mir/uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht, und dass ich/wir im Falle einer Bewilligung die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts (ANBest-Gk) oder – sofern einschlägig – die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten habe(n). Die Regelungen aus dem o. g. Koordinierungsrahmen, der o. g. Richtlinie sowie den ANBest-Gk bzw. sofern einschlägig ANBest-P werden anerkannt.
- b) Mir/Uns ist bekannt, dass abweichend von den Bestimmungen in Teil II A. Ziffer 3.3 des Koordinierungsrahmens mit der Maßnahme nicht vor Erhalt des Bewilligungsbescheides begonnen werden darf. Mit dem im Antrag dargestellten Vorhaben habe(n) ich/wir noch nicht begonnen und werden auch nicht vor Erhalt des Zuwendungsbescheides beginnen, es sei denn, ich/wir erhalte(n) auf Antrag eine schriftliche Genehmigung zum vorzeitigen Vorhabenbeginn. Mir/Uns ist bekannt, dass als Vorhabenbeginn grundsätzlich bereits der verbindliche Abschluss eines Lieferungs- und Leistungsvertrages im Zusammenhang mit dem Vorhaben anzusehen ist. Die Einleitung eines Ausschreibungsverfahrens, Planungsarbeiten für das Vorhaben und erforderliche Gutachten zur Beurteilung der Förderfähigkeit gelten nicht als Vorhabenbeginn.
- c) Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens ist unter Einbeziehung des beantragten Zuschusses gesichert.
- d) Ich/Wir versichere/versichern, dass bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die angegebenen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten.
- e) Ich/Wir versichere/versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/Unterlagen. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Angaben eintreten.
- f) Ich/Wir gewährleiste(n) eine vorhabenbezogene Einzelabrechnung der Einnahmen und Ausgaben sowie deren Unterscheidung vom üblichen Geschäftsverkehr. In den angegebenen Ausgaben sind innerbetriebliche Umlagen nicht enthalten.
- g) Ich/Wir werde(n) das Vorhaben nicht im Auftrag oder auf Rechnung Dritter durchführen.
- h) Für das Vorhaben wurden und werden bei anderen Stellen keine weiteren öffentlichen Förderungen oder Finanzierungshilfen über die im Finanzierungsplan (Ziffer 6 des Antrages) angegebenen öffentlichen Mittel bzw. Finanzierungshilfen hinaus beantragt.
- i) Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich mich/wir uns damit einverstanden.
- j) Ich/Wir erkenne(n) an, dass die IB berechtigt ist, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung der/des Antragstellenden einzuholen. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir Verbände, Kammern sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.
- k) Ich/Wir entbinde(n) die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung).

- l) **Belehrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs:** Mir/Uns ist bekannt, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Erklärungen zu den Ziffern 1.2., 3.1), 3.2), 3.3), 3.4), 3.5), 3.6), 5.b), 5.c), 5.d), 5.e), 5.f), 5.g), 5.h), 5.i), 5.j) und 5.k) dieser Anlage zum Antrag.
- m) Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

6. EINWILLIGUNG IN DIE VERARBEITUNG UND VERÖFFENTLICHUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

6.1 Zustimmung zur Beratung und Information

Ich/Wir möchte(n) über individuell für mich/uns passende Produkte der IB und über den Start und die Änderungen von Förderprogrammen informiert werden. Diese Einwilligungen sind freiwillig und können jederzeit, auch einzeln, mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Ihre Einwilligung ist elementar für eine qualifizierte Beratung durch unser Haus, falls Sie dennoch keine Einwilligung zu Analyse- und/oder Informationszwecken erteilen möchten oder Ihre Einwilligung zu einem späteren Zeitpunkt widerrufen, wirkt sich dies nicht auf die von Ihnen beantragte (Kredit-/Zuschuss-/Zuweisungs-) Förderung aus.

a) Zustimmung zur Analyse von Daten zur Person

Wir versichern Ihnen vorab, dass wir Ihre nachfolgend genannten Daten absolut vertraulich behandeln und nicht an unberechtigte Dritte weitergeben. Dazu sind wir zudem auch rechtlich, z. B. durch das Bankgeheimnis, verpflichtet. Die IB wird (nur sofern notwendig) für eine individuelle Beratung folgende Daten über mich/uns verknüpfen, gemeinsam auswerten und verwenden:

1. Personendaten, wie Name, Geburtsdatum, Familienstand, Beruf
2. Kontaktdaten, wie Adresse, E-Mail und Telefonnummern
3. Daten zu meiner Bonität, meiner finanziellen Situation und zu meinem Kreditrisiko
4. Daten aus Beratungsgesprächen, Vertriebsaktivitäten, Dokumentationen und Erhebungsbögen sowie vergleichbare Daten
5. Statistische Daten, welche mir mithilfe allgemeiner Kriterien zugeordnet werden können, beispielsweise für die Eignung bestimmter Förderprodukte für bestimmte Altersgruppen, Regionen oder Branchen

Zweck der Analyse der Daten zur Person: Die IB berät, betreut und informiert mich/uns möglichst passgenau, z. B. über für mich/uns geeignete neue Förderprodukte der IB.

Ja, ich bin/wir sind mit der Verknüpfung, Auswertung und Verwendung meiner/unserer aufgelisteten Daten zu vorgenannten Zwecken einverstanden.

b) Einwilligung zur Informationsübermittlung der IB

Ich/Wir erkläre(n) mich/uns damit einverstanden, dass die IB die mit dem Förderantrag erhobenen persönlichen Daten nutzt, um mir/uns interessante Informationen zu weiteren Fördermöglichkeiten zukommen zu lassen:

per Post telefonisch per E-Mail

6.2 Hinweise zur Datennutzung

In der Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ finden Sie eine kompakte Übersicht über den Umgang der IB mit Ihren Daten sowie der Ihnen zustehenden Rechte nach der DS-GVO. Die Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ ist jeder betroffenen natürlichen Person zur Kenntnis zu geben, für die im Rahmen der Antragsbearbeitung und zur Abwicklung der Förderung die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist.

UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN/BEVOLLMÄCHTIGTEN

Ort, Datum

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Name der/ des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Ort, Datum

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Name der/ des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)